

Pressemitteilung



Hamburgische
Pflegegesellschaft e.V.
Burchardstraße 19
20095 Hamburg
Tel. 040-23 80 87 88
Fax 040-23 80 87 87
E-Mail hpg@hpg-ev.de

Hamburg, den 08.09.2022

Hamburgische Pflegegesellschaft (HPG) fordert den Hamburger Senat auf, sofort einen Energiekostenrettungsschirm zu organisieren oder bereitzustellen. Damit soll drohenden Schwierigkeiten bis hin zu Insolvenzen von Pflegeheimbetreibern in Hamburg aufgrund der jetzt steigenden Energiepreise begegnet werden.

Derzeit kommt es nach und nach zu sprunghaften Anstiegen der Energiekosten (Gas, Strom, Fernwärme) oder zu deren Ankündigungen. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate deutlich an. Die stationären Pflegeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg sind von den steigenden Energiekosten in besonderem Maße betroffen, da in diesen Einrichtungen eine vulnerable Personengruppe wohnt, deren Versorgungssicherheit im Sinne der Daseinsvorsorge gewährleistet sein muss.

Mittlerweile liegen erste Preiserhöhungskalkulationen von Versorgern vor, die für einzelnen Einrichtungen für 2023 eine Steigerung – nur der Gaskosten – um fast 1000% (von ca. 85.000€ auf ca. 800.000€ Jahreskosten) prognostizieren.

Preissprünge dieser Art sprengen unter vielen Gesichtspunkten die vorgesehenen Leistungsvergütungen und Laufzeiten von Vergütungsvereinbarungen. Insbesondere freigemeinnützige Einrichtungen werden bei diesen Preisexplosionen schnell in Liquiditätseingänge kommen und ggf. zügig Insolvenz anmelden müssen.

Die HPG fordert vom Hamburger Senat umgehend alle gesetzgeberischen Voraussetzungen auf Bundesebene zu initiieren und auf Landesebene zu schaffen, um einen Schutzmechanismus in Kraft zu setzen, der ein Überleben der Einrichtungen sichert und diesen ermöglicht, ihre vulnerablen Bewohnerinnen und Bewohner im Sinne der geschlossenen Verträge zu versorgen.

Die Hamburgische Pflegegesellschaft sieht derzeit keine andere Möglichkeit der Politik, als jetzt einen Rettungsschirm zu entwickeln, der die absehbaren deutlichen Energie-Mehrkosten mit einem transparenten und einfachen Verfahren staatlicherseits absichert. Dies ist Teil der Daseinsvorsorgeverpflichtung.

Die Hamburger Sozialbehörde wurde über die Probleme von der HPG informiert und hat Problembewusstsein signalisiert.

Martin Sielaff, Geschäftsführer der HPG: „Die HPG-Verbände erheben derzeit bei ihren Mitgliedseinrichtungen deren Vertragssituation und die Ankündigungen der jeweiligen Energieversorger. Jetzt ist schon klar, dass die Hamburger Pflegeheime nicht alle zeitgleich vor das Finanzierungsproblem gestellt werden. Dies hängt von der jeweiligen Vertragslage ab. Nach vorliegenden Informationen sind Preissprünge zwischen 100% - 1.000% von den Versorgern angekündigt. Das halten die Einrichtungen nicht lange durch. Wir brauchen einen Schutzschirm für die stationären Pflegeeinrichtungen, damit das Geld schnell dort ankommt, wo es benötigt wird. Der exorbitante Preisanstieg darf nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen.

Vergessen werden dürfen auch nicht die sonstigen Preissteigerungen bei einer Inflationsrate um die 10%, die auf allen Pflegeeinrichtungen, von ambulant und stationär sowie auf den Tagespflegeeinrichtungen lasten. Die Pflegeeinrichtungen kommen hierdurch unter enormen Kostendruck.“

Die Hamburgische Pflegegesellschaft (HPG) ist eine Arbeitsgemeinschaft von Trägerverbänden, die in Hamburg im Bereich der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege arbeiten.

Mitglieder der HPG sind: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V., Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Deutsche Rotes Kreuz Landesverband Hamburg e.V., Diakonische Werk Hamburg, Paritätischer Wohlfahrtsverband Hamburg, Zentralverband Hamburger Pflegedienste e.V.

Für Rückfragen:

Hamburgische Pflegegesellschaft e.V.

E-Mail: hpg@hpg-ev.de

Tel. +49 (0)40 23 80 87 88